



NEUES

WIR

IHR

DOWNLOADS LINKS

KONTAKT

## WILLKOMMEN BEI DEN JUSOS SÖMMERDA

MITMACHEN  
& POLITIK  
GESTALTEN

## ALTERNATIVE FORMATE

-  Ausgabe für mobile Endgeräte
-  Newsticker (RSS)
-  Newsticker (Atom)
-  Termine (Atom + Gdata)
-  Termine (iCalendar)
-  Termine (vCalendar)

## ZITATE

"Unser Leben ist viel schwerer als das unserer Vorfahren, weil wir uns so viele Dinge anschaffen müssen, die uns das Leben erleichtern."

[Gabriel Laub]

## WEBSOZIINFO-TV-TIPPS



09.07.2011 18:15 Uhr:



**ARTE Reportage**

09.07.2011 18:45 Uhr:



**Atomkraft - ja bitte? -- Wie es unsere Nachbarn sehen**

09.07.2011 19:15 Uhr:



**Mit offenen Karten: 20 Jahre deutsche**



*Sömmerdaer Jusos bei der Anti-Atom-Menschenkette in Pinneberg.*

Herzlich willkommen auf der Internetseite der JUSOS Sömmerda.

Wir sind die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten der Sömmerdaer SPD, verstehen uns jedoch als vollkommen eigenständigen Verband, der seine Ziele definiert und für die Erkämpfung dieser auch lebt.

Vorrangig beschäftigen wir uns mit kommunalen Problemen, das reich von bildungspolitischen Themen bis zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Selbstverständlich soll natürlich auch der Spaß nicht zu kurz kommen und daher veranstalten wir regelmäßige Treffen, bei denen auch nicht nur über Politik geredet wird, oder wir besuchen gemeinsam andere Kreisverbände oder fahren zu Großveranstaltungen, wie z.B. Anti-Atom. Menschenketten oder Anti-Nazi-Demos.

Wenn du zwischen 14 und 35 Jahren jung bist und Lust hast, dich auch politisch und sozial zu engagieren, dann bist du bei uns genau richtig!

Schreib uns einfach und wir werden uns bei dir melden. Garantiert!

## SÖMMERDAER JUSOS UND SPD WOLLEN BÜRGER BETEILIGEN

Auf ihrer vergangenen Mitgliederversammlung diskutierte der Sömmerdaer SPD-Ortsverein eine Initiative der Sömmerdaer Jusos, die Bürger mehr an politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen und einzubeziehen. Der sog. Bürgerbeteiligungshauhalt wird mittlerweile in vielen deutschen Städten und Gemeinden praktiziert und soll, geht man

nach dem Willen von SPD und Jusos, nun auch in Sömmerda einziehen. Die Mitglieder stimmten einstimmig dafür, dieses Projekt nun anzugehen.

Bei der Bürgerbeteiligung soll auf das Wissen und „know how“ der Bürgerinnen und Bürger gesetzt werden. Am Vorbild anderer deutscher Städte und Gemeinden will sich nun auch die Sömmerdaer SPD orientieren und bereitet in dem Zusammenhang einen entsprechenden Antrag zur Einbringung in den Stadtrat vor.

Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, über Themen und Projekte mitzuentcheiden, die im kommunalen Haushalt eine Rolle spielen. Ferner sollen Vorschläge für kommende Haushalte eingebracht werden, die im Stadtrat behandelt und umgesetzt werden.

Heike Hopfe-Arnold, Ortsvereinsvorsitzende der SPD Sömmerda: „Es gibt in Deutschland mittlerweile rund 60 implementierte Bürgerhaushalte. Die Erfahrung zeigt, dass diese Form der Bürgerbeteiligung hervorragend funktionieren kann, wenn alle Beteiligten gut zusammenarbeiten und der Wille da ist, diese aufwendige Form der Haushaltsplanung erfolgreich umzusetzen.“

Die Vorteile der Bürgerbeteiligung liegen dabei klar auf der Hand. Allen Beteiligten bringt es von vorn herein mehr Objektivität im Hinblick auf verschiedene Themen. Für die Bürgerinnen und Bürger soll der Haushalt auch transparenter und verständlicher werden.

Juso Kreisvorsitzender Marcel Kühnast, der sich seit längerem mit diesem Thema beschäftigt, sagt: „Die Liste der Vorteile der Bürgerbeteiligung ist lang. Wir erhoffen uns mehr Identifikation mit der eigenen Stadt, weniger Politikverdrossenheit und ein stärkeres Demokratieverständnis. Für uns Jusos ist allerdings besonders wichtig, dass Verwaltung und Fraktionen dadurch „Bürgerorientierter“ handeln müssen, denn ein Bürgerhaushalt sieht ja z.B. auch die Rechtfertigung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern durch die Stadt vor, was mit den Vorschlägen passiert ist und wie es weitergehen soll. Es gibt also für alle, Fraktionen, Verwaltung und Bürger, einen deutlich spürbaren Mehrwert!“

In Thüringen sind erfolgreiche Modelle der Bürgerbeteiligung bereits in Erfurt, Jena und der Gemeinde Großbreitenbach umgesetzt. In Jena beispielsweise wurde durch den Willen der Bürger entschuldete, was dazu führte, dass mehrere Millionen Euro allein für die Bewältigung der Zinstilgung von Krediten eingespart werden konnten. Der Ursprung von Bürgerhaushalten liegt im brasilianischen Porto Alegre. Jüngst erhielt die brasilianische Stadt Recife einen Preis der Bertelsmann-Stiftung für ihren hervorragend funktionierenden Bürgerhaushalt. Weiter gibt es erfolgreiche Modelle z.B. in Kanada, Spanien, Portugal und selbst in afrikanischen Ländern.

„Die weltweite Erfahrung der erfolgreichen Umsetzung zeigt uns, dass es Sinn macht, die Bürger mit ins Boot zu holen. Wir setzen dabei zuallererst auf die Fraktionen der anderen Parteien, diesen Vorschlag mit zu tragen und werden diesbezüglich auch zeitnah an die anderen Fraktionen herantreten, denn nur mit mehrheitlicher Zustimmung ist der Grundstein für den Erfolg des Projektes gelegt.“, so Hopfe-Arnold.

Bedingt durch die enorme Vielzahl an Möglichkeiten zur Umsetzung, ist der Prozess bis zur Einführung eines Bürgerhaushaltes recht langwierig, denn man muss zuerst gemeinsam die für sich beste Variante erarbeiten. Es ist geplant, sich entsprechende Fachleute als Referenten einzuladen, die bei der Findung der richtigen Lösung helfen können.

Erfreulich ist auch, dass das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forst, Umwelt und Naturschutz solche Projekte finanziell fördert. Insgesamt belaufen sich die Mittel über 3 Jahre verteilt auf 10.000 Euro, wobei die Stadt 25% kofinanziert, also einen Eigenanteil von 2.500 Euro beisteuert. Diese Gelder versetzen zwar keine Berge, helfen jedoch sehr in der Einführungsphase. Städte und Gemeinden, die den Bürgerbeteiligungshaushalt bereits eingeführt haben, wollen daran auch festhalten, was zeigt, dass trotz des Aufwandes ein positiver Nutzen erzielt wird.

In der Zukunft sollen nun erste Gespräche mit Verwaltung und Fraktionen folgen, bevor es dann auch erste entsprechende Bürgerinformationsveranstaltungen zu diesem Thema geben soll.

Abschließend betont Kühnast: „Wichtig ist, dass nicht der Eindruck entsteht, dass die Bürger den Stadtrat ersetzen. Der Stadtrat hat in letzter Instanz die Entscheidungsgewalt

10.07.2011 12:00 Uhr:



Internationaler Frühschoppen

10.07.2011 12:00 Uhr:



ARTE Reportage (Wdh.)

Ein Service der Websozis

COUNTER

Besucher: 51557

Heute: 12

Online: 2

und diese bleibt unangetastet. Jedoch werden künftige Abstimmungen dann nicht mehr einfach nur durchgewunken, denn es entsteht natürlich ein politischer Druck auf die Abgeordneten, die sich im Nachgang rechtfertigen müssen. Wir wollen unsere Stadt weiter attraktiver gestalten und sind felsenfest davon überzeugt, dass das der richtige Weg ist. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Mitbestimmungsrecht und dieses Recht wollen wir Ihnen hiermit geben.

Ich wünsche mir sehr, dass der überparteiliche Konsens gefunden wird und alle, Verwaltung und Parteien, bestrebt sein werden, gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern künftig unser schönes Sömmerda in eine bessere Zukunft zu lenken.“

Veröffentlicht am 01.07.2011

## **-SÖMMERDAER JUSOS EMPÖRT ÜBER EIGENE LANDTAGSFRAKTION- KOALITIONSINTERESSEN STEHEN ÜBER EIGENER BESCHLUSSLAGE**



In einem gemeinschaftlichen Antrag aus mehreren SPD-Kreisverbänden und Ortsvereinen, u.a. auch der SPD-Ortsverein Sömmerda, wurde auf dem letzten SPD-Landesparteitag (28.Mai 2011) die Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerber und geduldete Ausländer verlangt. Diesem Antrag wurde durch den Parteitag fast einstimmig stattgegeben.

Es war somit Beschlusslage und gleichzeitig die Aufforderung an die SPD-Landtagsfraktion, den Forderungen des Antrages nachzukommen.

In der vergangenen Plenarsitzung wurde dieses Thema durch entsprechende Anträge der Fraktionen der FDP, der Partei „Die Linke“ und den Grünen wieder aufgegriffen. Bereits im Vorfeld der Antragsdebatte gab es vor dem Thüringer Landtag eine Demonstration der Thüringer Jusos, um den Forderungen abermals Nachdruck zu verleihen. Auf dieser Demonstration war u.a. auch die SPD-Landtagsabgeordnete Regine Kanis, welche auch gleichzeitig Sprecherin der Fraktion für ausländische Mitbürger\_innen und Flüchtlinge ist, unterstützend begleitet.

Letztlich wurden in der darauffolgenden Plenardebatte die Anträge, welche den Forderungen der Jusos und dem Beschluss des SPD-Landesparteitag entsprechen, durch die Fraktionen von Union und SPD abgelehnt.

Mit Unverständnis und Empörung reagiert der Juso-Kreisverband Sömmerda auf diesen so nicht zu erwartenden Ausgang der namentlichen Abstimmung im Thüringer Landtag. Kreisvorsitzender Marcel Kühnast: „Es ist erschütternd für uns zu sehen, wie im Landtag, besonders durch die eigene Fraktion, mit Menschlichkeit und Würde umgegangen wird. Nur weil der „Partner“ (CDU) kein Interesse am Abschaffen der Residenzpflicht hat, hat dies noch lange nicht für die SPD zu gelten. Wie kann der Abgeordnete Metz am Rednerpult über seine innere Zerrissenheit philosophieren und darüber, dass es entgegen seiner eigenen Überzeugung ist, diesen Anträgen nicht zuzustimmen. Letztlich aber der eigenen Überzeugung nicht folgen, und das auch noch als „mutig“ zu bezeichnen ist für uns schlicht enttäuschend“

Es wurde in der Landtagsdebatte seitens der SPD-Fraktion das Argument des Koalitionsvertrages hervorgehoben und das dieser schließlich auch Beschlusslage eines Landesparteitages war. Solch eine Argumentation ist keineswegs haltbar, sind sich die Jusos sicher, denn „wozu machen sich dann ein Haufen von ehrenamtlich tätigen Sozialdemokraten daran, einen Initiativantrag auf einem Parteitag einzubringen, welcher dann, nach fast einstimmiger Zustimmung durch die Delegierten, den Weg in die Mülltonne findet, nur weil die CHRISTLICHE Union nicht zustimmen will! Damit stellen die Abgeordneten die Wünsche der CDU über die Wünsche der eigenen Partei.“, so Kühnast weiter.

Die Jusos des Luisenthaler Arbeitskreises, welchem auch der Kreisverband Sömmerda angehört, kündigten unterdessen weiteren landesweiten Protest an.

Abschließend betont Kühnast: „Natürlich gibt es einen Koalitionsvertrag und natürlich soll sich an diesen gehalten werden, aber nicht mit allen Mitteln. Wenn es um Menschlichkeit und Würde geht, erwarten wir, dass sich die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion künftig von ihrer Überzeugung leiten lassen und nicht danach, was die CDU will.“

Veröffentlicht am 19.06.2011

## **-SÖMMERDAER JUSOS EMPÖRT ÜBER EIGENE LANDTAGSFRAKTION- KOALITIONSINTERESSEN STEHEN ÜBER EIGENER BESCHLUSSLAGE**

Veröffentlicht am 19.06.2011

### **JUSOS FORDERN STÄRKERE BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN**

Anlässlich des Internationalen Kindertages erneuern die Thüringer Jusos ihre Forderung nach einer stärkeren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Dass eine stärkere Partizipation von jungen Menschen gewünscht ist, zeigt auch die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen in Bremen.

Veröffentlicht von **Jusos Thüringen Portal** am 31.05.2011

### **JUSOS SÖMMERDA ZUFRIEDEN MIT SPD-LANDESPARTEITAG**

Vergangenen Samstag fand im Congress-Centrum Suhl der diesjährige, außerordentliche Landesparteitag der Thüringer SPD statt.

U.a. gab es auch einen Initiativantrag zum Thema Residenzpflicht, welcher dem Luisenthaler Arbeitskreis, einem Netzwerk verschiedener Thüringer Juso-Kreisverbände, dem auch Sömmerda angehört, entstammt.

Dazu Juso-Kreischef Marcel Kühnast: "Wir sind sehr froh, dass dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen wurde. Es zeigt, dass das Thema brandaktuell ist und nicht aus den Augen verloren werden darf. Wichtig ist nun, die Forderungen unseres Gemeinschaftsantrages schnellstmöglich umzusetzen und somit gerade den Asylbewerbern mehr Lebensqualität zu geben und mehr Menschlichkeit entgegen zu bringen."

Die Debatte zu den rund 30 Anträgen waren sehr spannend aber vor allem auch zielführend, so wurde z.B. auch der Antrag des SPD-Kreisverbandes Erfurt, der Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz forderte und im Vorfeld des Parteitages schon für heftige innerparteiliche Diskussionen sorgte, durch die Delegierten abgelehnt und stattdessen ein Gegenantrag beschlossen, welcher u.a. eine bessere Überwachung des LA für Verfassungsschutz fordert.

"Es ist gut so, dass man sich auf diesen Schritt einigen konnte und nicht das Vorhaben nach Auflösung unterstützte, denn die Notwendigkeit des Verfassungsschutzes ist zweifelsohne gegeben und mit einer besseren Überwachung erreicht man mehr als mit der Abschaffung.", so Kühnast weiter.

Zusammenfassend ist die Sömmerdaer SPD-Jugend sehr zufrieden mit dem vergangenen Parteitag und den dort getroffenen Beschlüssen, gerade im Blick auf die Arbeit des Luisenthaler Arbeitskreises. Es ist nun das Ziel, die gute Arbeit des Arbeitskreises weiter voranzubringen und somit auch vorrangig Thematiken der Kreisverbände abseits der "Großen" aufzugreifen, zu bündeln und sich dafür einzusetzen.

Veröffentlicht am 30.05.2011

## **Weitere Artikel**

[24.05.2011]

**Jusos in der SPD fordern konsequentes Abschaffen der Residenzpflicht.**

[13.05.2011]

**Finanzminister Voß erkennt die Lage vor Ort – Jusos verärgert über geplante Kürzungsorgien.**

[08.05.2011]

**Juso-Kreisverband Sömmerda besetzt stellvertretenden Kreisvorsitz neu.**

[05.05.2011]

**Jusos Sömmerda kritisieren Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur nachträglichen Sicherungsverwahrung.**

[02.05.2011]

**Neue Schulordnung ist auf einem guten Weg.**

**Ältere Artikel » • Alle Artikel nach Themen sortiert**

## **RSS-Nachrichtenticker**

 **RSS-Nachrichtenticker, Adresse und Infos.**

[INHALT](#) [GLOSSAR](#) [BEFREUNDETE SEITEN](#) [IMPRESSUM](#)